

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich, 1. Jahrgang. — Preis monatlich 1.25 und 1.30 (Postgebühren, keine eigenen Postämter). — Für Ausland unter Streifen 1.50 (inkl. Postgebühren). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reflekt. 20 Pf. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Pf. Schluss der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 23.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Dienstag, den 28. Januar 1930.

12. Jahrgang.

Einer teilt aus und hat doch immer mehr; ein anderer klagt, da er nicht soll, und wird doch immer ärmer. Spr. 11, 24.

Das Haager Ergebnis im französischen Lichte.

Der „Temps“, der schon in der vorigen Woche vorausgesagt hatte, daß eine für Frankreich günstige Lösung außer allem Zweifel stehe, führt beim Abschluß der zweiten Haager Konferenz u. a. folgendes aus:

„Herr Tardieu hat den letzten Teil seiner Aufgabe im Haag zu einem guten Ende geführt. Es handelte sich um die Mobilisierung der ersten Tranche (Rate) der ungeschützten deutschen Jahreszahlungen, kurz, um eine Frage, die für Frankreich bedeutsam ist. Diese Mobilisierung ist die Gegenleistung für die vorzeitige Räumung des besetzten Rheinlandes. Es lag uns sehr daran, zu verhindern, daß Deutschland durch sein Anleihenystem uns auf dem Finanzweltmarkt Konkurrenz macht. Die deutsche Regierung mußte sich deshalb verpflichten, keine Anleihe aufzunehmen, bis die ungeschützte erste Rate untergebracht worden ist. Die getroffene Übereinkunft stellt uns voll und ganz zufrieden.“

Der Erfolg des Herrn Tardieu ist beachtlich. Man muß aber dabei zugeben, daß die deutschen Minister Verweise ihres guten Willens erbracht und den Geist der Versöhnung bei der Unterzeichnung des Abkommens an den Tag gelegt haben. Wenn man vom Zwischenspiele Schachts absteht, kann man sich zu der Atmosphäre, in der die Haager Verhandlungen sich abgespielt haben, nur beglückwünschen. Die internationalen Verhandlungen waren von einer seit dem Kriege unbekannten Herzlichkeit (!) und von einem gegenseitigen Vertrauen getragen. Dafür gebührt nicht zuletzt Herrn Tardieu Anerkennung.

Wenn wir die Ergebnisse der Unterhandlungen ansehen, werden wir zunächst feststellen, daß durch die Bekundung, daß der Youngplan die endgültige und unabänderliche Lösung der Reparationsfrage darstellt, die Tür für etwaige Revisionsänderungen sich endgültig schließt. Das ist sehr wichtig, weil dadurch jedes Manöver in der Richtung unterbunden wird. Welche deutsche Regierung morgen auch kommen mag, sie ist verpflichtet, den Youngplan auszuführen. Deutschland hat sich damit einverstanden erklärt, seine Reparationszahlungen am 15. eines jeden Monats zu leisten. Die deutsche Regierung hat zu der juristischen Formulierung ihr Einverständnis gegeben für den Fall, daß der Vertrag zerrissen würde. (Der französische Text spricht von „détruire“ lt. destruire, zu deutsch: zerstören, zugrunde richten, niederreißen, ein Wort, das auch eine andere Deutung als „zerreißen“ zuläßt. Nach dieser Vereinbarung hat jede Gläubigermacht volle Handlungsfreiheit. Außerdem hat Deutschland die Zusage erteilt, daß die Reichsbank gegen den Widerstand des Herrn Dr. Schacht die ihr vom Youngplan zugebachten Aufgaben loyal erfüllen und das vorgeschriebene Kapital zur B.G.Z. unterzeichnen wird. Es wäre schwer gewesen, vollständigere Erfolge zu erzielen. Frankreich hat über alle Punkte, die beunruhigen könnten, Genugtuung erhalten. In Deutschland werden nur die Elemente, die gegen jede Ausöhnungs- und Versöhnungspolitik, die wider jede Lösung der Reparationen sind (!), die getroffenen Vereinbarungen nicht gutheißen, die Deutschland von der direkten Kontrolle (die indirekte bleibt ja) befreien und deutsches Gebiet fünf Jahre vor der festgesetzten Zeit freimachen. Die deutsche Regierung dient ausschließlich den deutschen Interessen, wenn sie ihren Verpflichtungen getreulich entspricht.“

Deutsche Blätter wie die „Frankfurter Zeitung“ und die „Vossische“ sind der Meinung, daß auch Deutschland gut abgeschnitten hat im Haag. Da soll nun noch jemand sagen, es gäbe keinen „Fortschritt“ in der Welt. Es muß sich erst noch zeigen, wie lange das im Haag geknüppte Band hält.

Deutschenhaft heute noch?

Von Erich Schweckendiek.

Der Verfasser des vorliegenden Artikels, Leser des „Aufwärts“ seit 1919, schreibt in seinem Begleitbrief, durch eigene Anschauung im Auslande und durch viele Beziehungen nach den verschiedensten Staaten die Stimmung dort gut zu kennen. Wir geben deshalb seinen Darlegungen, die teilweise ungewöhnlich scharf sind, Raum. Die Leser wissen, wie wir darauf bedacht sind, in den politischen Auseinandersetzungen eine Form zu wahren, aus der auch der Gegner merkt, daß es uns nur um das Recht und um die Wahrheit zu tun ist. Ebenso bekannt ist unsere Meinung, daß sich in der politischen Einstellung unserer Kriegsgegner seit 1871, seit 1900, seit 1914 und seit 1918 nichts geändert hat. Man mag deshalb auch noch einmal diese hier laut werdende Stimme hören.

Die Schriftleitung.

Immer wieder liest man's — natürlich nur in deutschen Zeitungen, daß die Welt ihre Stellung zu uns völlig geändert habe. Auch im „Aufwärts“ war's kürzlich — wohl aus der Feder eines gelegentlichen Mitarbeiters — zu lesen, daß kein Mensch in der weiten Welt noch an Deutschlands Schuld oder Alleinschuld glaube. Allgemein reißt man sich die Augen, wie aus einem bösen Traum erwachend und sieht, daß man Deutschland bitter und blutig Unrecht getan hat — so liest man anderwärts. Wenn wir nun, so hieß es vor 1/4 Jahr weiter, brav den Youngplan annehmen, so wird die Ausöhnung bald vollkommen sein. Ja, schloß man, wer es mit Vaterland und Rheinland gut meint, der wird das Volksbegehren und den Volksentscheid gegen den Youngplan nur verdammten können, da durch dergleichen aggressive Schritte dem endlich-ewigen Frieden nur die Tür vor der Nase zugeschlagen wäre.

Nebenbei möchte ich hier nur bemerken: Wäre Schacht vor dem Volksbegehren mit der Wahrheit herausgekommen und nicht erst jetzt, nur um sich den Rücken zu decken, so hätte sich die Zahl der Einzeldrucker verließen. Aus dem Schneeball wäre eine Lawine geworden. (Eine gewagte Prophezie! Die Schriftleitung.) Daß er es nicht getan hat, wird er einmal verantworten müssen.

Ich möchte zu dem gedruckten Wahn von der Deutschfreundlichkeit der Fremde und Feindländer einige Randbemerkungen machen. Greifen wir zunächst einmal ein paar Neutrale heraus: Die Schweiz und Holland. Dabei muß freilich als bekannt vorausgesetzt werden, daß kein Deutschschweizer ein Deutschtum an sich kennt. Er kennt es nur im Auslande, wo er sich mit seinem Stammvolke wieder zusammenfindet, deutsche Kirchen mit erbaut und deutsche Schulen mit gründet. Dagegen ist er anders eingestellt und bedient sich anderer Wendungen, die auch den Schein vermeiden, als gehöre man mit dem Herzen dem Deutschtum jenseits des Bodensees. Die französischen und italienischen Schweizer sind in der Einsicht nicht so ängstlich und sprechen gern von Venedig, Rom und Paris. Wenn nun schon eine Fremdheit und eine gewisse Rühle uns gegenüber in dem schönen Berglande als aus einer Zwangslage sich ergebend hingenommen werden soll, so ist es doch nicht gerade ein Zeichen dafür, daß die Gemüter sich beruhigt haben, wenn man in der Schweiz zuweilen ganz gehörig gegen uns vom Leder zieht. (Eine Genfer Universitätsgröße glückte vergangenes Jahr noch tapfer ihre Giftspitze und übergoß Germania in recht giftiger Ueberheblichkeit.) Ich wunderte mich darum nicht, als eine liebe, stille lungenleidende Dame mit beiden Händen abwehrte, als man ihr riet, doch wieder in die Schweiz zu gehen, da der letzte Aufenthalt ihr so gut getan habe. „Nein, ich kann es nicht“, war ihre Antwort, „tägliche diese häßlichen Bemerkungen mit anhören müssen, verleidet einem alles, auch die schönste Natur!“ Ein Blick in die Schweizer Zeitungen genügt des weiteren, um festzustellen, daß auch die Schweiz — was nicht besagt: jeder Schweizer — sich auf die Seite des Erfolges stellt, ob dieser auch nur durch das Vorhandensein eines moralischen Minus sowie mit Hilfe von ahnungslosen Portugiesen, Regern, Indochinesen und Indern erkämpft worden ist. So wie der Spießbürger tief den Hut vor erfolgreichen Börsenspekulanten und Schiebermillionären zieht.

In Holland stehen die moralischen Akte Deutschlands ganz tief unter pari. Kommt man als Deutscher hin, so schweigt man von vornherein über Politik. Aber man wird gestellt. Der oorlog, der Krieg, muß immer herhalten. Es steht ganz außer Debatte in diesem von uns so geliebten Lande Rembrandts (das einst ein deutscher Drucker rettete), daß wir Deutschen natürlich den Krieg gewollt haben, nein, daß ihn der Kaiser gewollt hat. Nur das wird gefragt, warum wir mitgemacht hätten, dem Kaiser nicht das Kriegsmachen verboten hätten. Um die wirklichen Zusammenhänge hat sich drüben niemand ge-

kümmert. Auch scheinbar deutschgesinnte Zeitungen haben tausend Vorbehalte und offenbaren nicht nur einmal, welche Interessengruppe auch hinter ihnen stehen. Der Kaiser ist der Prügelknabe, wird sogar in die Lehrbücher zur Erlernung der deutschen Sprache als Übungsgegenstand gezerrt, o, so harmlos, christlich, lieblich, daß einem die Augen übergehen. Wir verehren Rektor Uittenbogaard in Arnheim als Führer der tapferen Schar, die in Holland der christlichen Schule nicht nur einen Platz an der Sonne, sondern völlige Gleichberechtigung mit der bibellosen Staatsschule erstritten hat. Ein hundertjähriger Kampf endete mit einem christlichen Siege. Aber folgendes ist doch noch mehr als eine furchtbare christliche Niederlage: Uittenbogaard (Deutsches Lehrbuch für Holländer), „Alltägliche, Wörter, Sätze und Redensarten. 8. Auflage.“ Dicke Ueberschrift: Keine Wiederverheiratung Kaiser Wilhelms II., Berlin, 4. Januar 1922. Der Generalbevollmächtigte Kaiser Wilhelms II., Wirklicher Geh.-Rat v. Berg, bittet die Telegraphen-Union um die Verbreitung folgender Mitteilung: Die in letzter Zeit aus der Auslandspressen von deutschen Blättern übernommenen Gerüchte über eine beabsichtigte Wiederverheiratung Kaiser Wilhelms II. sind vollständig aus der Luft gegriffen. Diesen unsinnigen Gerüchten kann nur eine böswillige Absicht zugrunde liegen.“

Gleich hinterher kommt als Belegstück: Der Verlauf der Vermählungsfeier in Doorn. T.M. Amsterdam, 6. November 1922. Am Sonntag fand in Doorn die Vermählung des deutschen Kaisers mit der Prinzessin Hermine zu Schönau-Carolath, Prinzessin Reuß, ältere Linie statt. Prinzessin Hermine war mit ihrer Schwester, der Fürstin zu Stollberg-Rohla und deren Gemahl am Samstag abend aus ihrer Heimat in Doorn eingetroffen. Sonntag vormittag um 10 Uhr vollzog der Bürgermeister von Doorn die standesamtliche und um 12 Uhr der Hofprediger Vogel aus Potsdam die kirchliche Trauung.“

Die Anordnung und Auswahl dieser beiden Stücke spricht Bände. Und so ganz bei Wege lang steht in einem anderen Lehrbuch Uittenbogaards der Satz, der die Wahrheit ganz auf den Kopf stellt: „Deutschland erklärte an England den Krieg.“

Die Leute um Uittenbogaard sind das Hoffnungsgrün Hollands. Aber wenn man das sieht am grünen Holze, was soll man vom dünnen verlangen! Wie selbstverständlich es ist, daß Deutschland einfach so mir nichts, dir nichts, Kriege erklärt, soll eben jener Englandfisch sagen. Daß dieser Satz falsch sein könnte, ist dem Verfasser gar nicht in den Sinn gekommen. Wenn dieses deutsche Volk noch zweimal rechts und links ins Gesicht geschlagen wird, das macht bei seinem ohnehin moralischen Tiefstand nicht viel aus!

Ueber Belgien brauchen wir in diesem Zusammenhange kein Wort zu verlieren; siehe Universalität Löwen und die Schmähartikel zum Waffenstillstandstage.

Frankreichs Exponeat Poincaré bürgt abwechselnd mit Tardieu dafür, daß die Gefühle für Deutschland jenseits der Vogesen alles andere als auch nur gemäßig bleiben. Mag die äußere Form glatter und freundlicher geworden sein, unsere Pazifisten selber haben schon gesehen, daß sie drüben mit ihrem besten Liebeswillen das Kennen nicht machen, ja, überhaupt nicht zum Start kommen.

England dürfen wir übergehen; denn es trägt stets die Maske und lenkt die Nachgedanken von sich, der verkörpert Weltintrigue, ab. Es hat damit Erfolg gehabt. England, der eigentliche Schürer der Weltglut, der Hecker-Deutschlands, läßt Lettaw-Borbeck und Smuts Kameradschaftsfestern veranstalten, fällt in den besetzten Gebieten durch Besetzung auf und weist mit dem Daumen über die Schulter zum Eiffelturm: „Dem da gilt es!“ Oder ganz kurz: England — siehe Sozialist Snowden im Haag!

Aber Amerika! Da sind die Selbsttäuschungen der Deutschen doch zu wirr und zu gefährlich. Darüber hilft kein Duckner und kein Zeppelin hinweg. Die arge Täuschung besteht darin, daß wir den Amerikaner für bekehrte halten, weil einige Akademiker drüben Deutschlands Unschuld beweisen und flammenden Protest gegen den angeblich falschen Weltbetrug einlegen. Was wollen diese Aufrechten ausdrücken! Man kann gegen den Wind ankämpfen, aber nicht gegen den Ungeist, und Ungeist regiert drüben die Stunde. Es ist in Amerika ausgemachte Sache, daß das kleine Deutschland, das man mit dem Daumen auf der Landkarte zudecken kann, schon damit eine unglaubliche Dreistigkeit an den Tag gelegt hat, daß es sich als Großmacht gefühlt hat. Da ferner die amerikanische Schule mit Erfolg dafür sorgt, daß ihren Zöglingen völlig falsche, verschrobene Geographiekennntnisse vermittelt werden, so ist auch jedes Unternehmen einer „Aufklärung“ der U.S.A. ein unmögliches Experiment. Man

müßte dann erst ein Lehrbuch der wahren Geographie Europas dort an alle verteilen und einen Geschichtskursus über Amerikas Raubkriege gegen Mexiko und Cuba veranstalten. Nein, um das handelt es sich nicht, was einige brave Männer drüben sagen, sondern um die seelische Grundhaltung geht es, und die ist — nicht antideutsch, sondern schlimmer. Mit einem verächtlichen Lächeln wird Deutschland abgetan. Ja, tapfer sind diese Deutschen, aber wenn die Amerikaner kommen, dann geht die Hasenjagd los. So benutzte vor nicht langer Zeit der „New York American“ eine Artikelserie des deutschen Generalmajors von Ledebur über den Durchbruch der Amerikaner am 13. September 1918 bei St. Mihiel durch unsere abgekämpften, hungernden, materialentblöhten Truppen, den Yankee einen fabelhaften Begriff von dem Schneid und der Ueberlegenheit des amerikanischen Soldaten beizubringen. Aus der Tragödie wird eine verlogene Farce gemacht. Dann, als Sinn dieses Ringens wird in Quartgröße das Bild eines amerikanischen Sergeanten gebracht, der in einer übeln Maskerade feierend den Sieg verkündet. Meines Wissens haben wir in Deutschland keine einzige ähnliche Type veröffentlicht, besonders nicht im Zusammenhang mit Kämpfen, wo eigene Truppen zu Hunderten niedergemäht wurden. Da steht dieser Krieger Amerikas, zwei preußische Pickelhauben übereinander auf den Kopf gestülpt, die Kinnkette im weitgeöffneten grinsenden Munde; vor dem Bauche hängt ihm ein dritter Preußenhelm, dazu hat er sich mit allerlei anderem Zeug drapiert. Unterschrift: Siegeserinnerungen. (Wo die Pickelhauben in jener Stahlhelmszeit herkommen mögen?) Eindruck: Ja, wenn wir kommen!! — Das will der Leser drüben sehen. Der Ungeist herrscht und wird weiter herrschen. Das Angelfischentum kann nur auf diese Weise die Welt beherrschen, darum wird auch antisch dafür gesorgt, daß „das amerikanische Volk“ die richtigen Begriffe behält. Eine der letzten Botschaften Coolidges, des verflochtenen Präsidenten, war so verlogen und verlezend, daß es mir unverständlich ist, wie unsere Regierung das hat stillschweigend einstecken können! Es hieß darin kurz und bündig: Amerika hat für die Freiheit der Welt gegen den Despotismus das Schwert gezogen und hat diese Freiheit auch errungen! — Punkt! Und du, deutsches Volk, bedanke dich schön, nun bist du „frei!“ Sei bitte so „frei“ und unterschreibe nun auch den ganz unbrauchbaren Youngplan amerikanischer Zukunft, nachdem der Dawesplan derselben Herkunft Deutschlands Industrie „angekurbelt“ hat bis zur Produktion von zwei Millionen Arbeitslosen...

Der deutsche Osten.

Umfang und Ursachen der Notlage. — Der Wert der Ostprovinzen an Wirtschafts- und Volkskraft.

Nachstehend veröffentlichte wir einen weiteren Auszug aus der Denkschrift der preussischen Ostprovinzen.

Der verlorene Krieg hat dem deutschen Vaterlande im Osten die tiefsten Wunden geschlagen. Weite Gebietsteile — einst die Kornkammer Deutschlands — sind aus dem Bestande des Reiches herausgerissen, brutale Willkür hat Ostpreußen vom Mutterlande getrennt, die oberschlesische Industrie verarmt, Pommern und die Mark Brandenburg zu Grenzländern gemacht und Polens Grenzen bis auf eine Entfernung von 164 Kilometern an die Tore der Reichshauptstadt herangerückt.

Von dem geschlossenen Gebiet zwischen Ostsee und der tschechisch-polnischen Grenze, das von jeher alter deutscher Kulturbesitz war, ist heute nur ein zerstücktes Land übriggeblieben, in dessen Gauen Not und Sorge seit dem Kriege in jedem Haushalt woh-

nen. Wenn die Folgen dieser Verluste an Gut und Blut haben die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den östlichen Provinzen so schwer erschüttert, und das Land in einen so harten, sich ständig noch verschärfenden Existenzkampf geführt, daß heute alles darauf ankommt, die Gefahr einer Zerrückung des nationalen Bewusstseins im Osten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abzuwehren. Stillgelegte Industrien, fehlende Verkehrswege und fehlende Kultur- und Arbeitsstätten, wachsende Arbeitslosigkeit und damit eine dauernd zunehmende Abwanderung, Zusammenbrüche in allen Kreisen der Wirtschaft, schließlich die gerabte zur Verzweiflung treibende Krisis der Landwirtschaft — das ist das trostlose Bild von der Gesamtlage im deutschen Osten.

Welches sind die Ursachen dieses Notstandes? Man vergegenwärtige sich zunächst, welche Verluste an Menschen, an Land und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit der deutsche Osten nach dem Kriege erlitten hat. Durch die Gebietsabtretungen auf Grund der Diktate von Versailles und Genf haben die preussischen Ostprovinzen eingebüßt an Menschen 4 375 000 gleich 26 vom Hundert, Gesamtfläche 5 100 000 Hektar gleich 25 vom Hundert!

Mit diesen riesenhaften Verlusten an Gebiet, Bevölkerung und Volksvermögen wird ebenso sehr die staatspolitische wie die wirtschaftliche Nachstellung Deutschlands im Osten betroffen. Denn die Zerrückung der alten Ostprovinzen hat der östdeutschen Wirtschaft so schwere Schläge versetzt, daß ihr auf Jahrzehnte hinaus — treten nicht eben die geforderten Hilfsmittel sofort und in ausreichendem Umfange ein — jede Möglichkeit zu einer gesunden Fortentwicklung aus eigener Kraft genommen ist. Das Verhängnis der sechs Ostprovinzen ist durch die widersinnige Grenzziehung schwersten Schädigungen ausgesetzt worden, denn es sind nicht weniger als 68 Eisenbahnlinien, 144 Kunststraßen und 722 sonstige Landstraßen einfach durchschnitten worden.

Es wird sich nun darum handeln, die Folgenwirkungen der wirtschaftlichen Notlage im einzelnen aufzuzeigen. Was zunächst die Entwicklung der Einkommensverhältnisse anlangt, so ist erwiesen, daß alle preussischen Ostprovinzen — und nur diese — weit hinter den anderen Teilen des Reiches zurückgeblieben. Berücksichtigt man die auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Beträge an Vermögenssteuer in den einzelnen Landesfinanzamtsbezirken, so stellt sich auch hier wieder heraus, daß die östlichen Bezirke längst nicht an den Reichsdurchschnitt von 6,3 Mark heranreichen. Mit an letzter Stelle stehen Breslau mit 4,9, Brandenburg mit 4,7, Stettin mit 4,3, Oberschlesien mit 3,2 und Königsberg mit 2,9 Mark. In der Sparfassenstatistik haben die geringsten Einkommenbestände je Kopf der Bevölkerung Ostpreußen, Oberschlesien, Grenzmark Posen-Westpreußen und Niederschlesien zu verzeichnen. Das Arbeiterentkommen liegt bis teilweise 35 v. H. unter dem Reichsdurchschnitt. Der ganze Umfang dieser Verfallserscheinungen wird aber erst offenbar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Zeitraum 1924 bis 1927 innerhalb Preußens von der zwangsversteigerten Fläche 90 v. H. auf den Osten und nur 10 v. H. auf die übrigen Provinzen entfallen.

Nach dem bisher entrollten Bilde der Not ist noch zu zeigen, welche Bedeutung den Ostprovinzen innerhalb der deutschen Volkswirtschaft zukommt. Die Ostprovinzen liefern für die Ernährungswirtschaft des Reiches mehr an Lebensmitteln, als ihrer Einwohnerzahl und ihrem Gebietsumfang entspricht. Die Bedeutung der gewerblichen Produktion wird dadurch charakterisiert, daß in den Ostprovinzen insgesamt 1,782 Millionen Menschen in Industrie und Handwerk beschäftigt werden. Das sind 23 v. H. der in dieser Gruppe in Preußen überhaupt Berufstätigen. An Bodenschätzen besitzt allein Oberschlesien ungeheure Werte: 8 Milliarden Tonnen Steinkohlen, 11 Millionen Tonnen Zink- und Bleierz und 3 Millionen Tonnen Eisenerze. Ihr Gesamtwert ist auf 100 Mil-

lionen etwas, das in ständigem Wandel begriffen ist. Auffällig ist es, daß die gegenwärtige Jugend trotz dieser Lage so wenig problematisch eingestellt ist. Man läßt sich vom Strom des Lebens tragen und vorwärts treiben, das Auge nach vorn gerichtet und ausspähend nach einem Ziel, das man mit Hilfe der Strömung erreichen kann. Während die Schule intellektuell eingestellt ist und bewußtes Erleben erstrebt, vertraut sich die Jugend lieber den instinktiven Triebkräften an.

Da im allgemeinen die Religion als ein Bestandteil unserer Kultur dargeboten wurde, so ist sie in deren Krise mit hineingezogen worden. Unsere Schilergeneration wird wenig von religiösen Zweifeln bedrängt, da die Religion als Ganzes abgelehnt wird, bezeichnet sind Äußerungen wie z. B. „Jesus ist überholt“, „Im Religionsunterricht wird uns die Religion als das Wesentliche dargestellt und im Leben erscheint sie als das Allerwesentlichste.“ Wo Einzelzweifel geäußert und besprochen werden, geschieht es oft mit großem theoretischen Interesse, aber ohne praktische Einstellung, das Ende ist: „Ich kann nichts mehr dagegen sagen, aber ich will nicht.“ Solche Ueberführungsversuche unterliegen die grundsätzliche Haltung der Sünde, weil sie das Urteil des Menschen anerkennen. Jrrig ist auch eine Einstellung auf die Frage: „Was bedeutet die Religion für die Bereicherung meines Lebens?“ Wenn die Religion echt ist, so tritt sie als etwas Zwingendes in unser Leben ein, es handelt sich nicht darum, daß wir ein Urteil abgeben, sondern wir selber werden beurteilt. Jesu Verkündigung ist nicht nur „frohe Botschaft“, sondern sie ist zugleich eine „harte Botschaft“, wie das Beispiel des reichen Jünglings zeigt. Die Jugend kann ablehnen, doch muß sie spüren, es geht ums Ganze. Der Religionsunterricht soll vor die Entscheidung stellen, nicht vor eine zukünftige, sondern vor diejenige, welche die augenblickliche Lage des Schülers mit sich bringt. Es ist Sache des evangelischen Erziehers, vor solche Entscheidungsfragen zu stellen, doch ist es nicht seine Sache, solche Entscheidungen herbeizuführen, Entscheidungen fallen, wenn sie reif sind.

Am folgenden Tage sprach Professor Dr. Gupfeld, Rostock, über „Das Erziehungsideal einer evangelischen Pädagogik“.

liarden Mark zu veranschlagen. Die volle Bedeutung der Wirtschaftskraft der Ostmark tritt am klarsten in Erscheinung, wenn man sich vor Augen hält, daß bei nahe ein Viertel (23 v. H.) des Wohlvermögens Preußens auf die sechs Ostprovinzen entfällt. Die Ostprovinzen sind ferner das Menschenreservoir, aus dem das Reich ständig starke Kräfte für seinen Arbeitsmarkt schöpft. In Ostpreußen ist festgestellt worden, daß von den im ersten Halbjahr 1929 Abgewanderten sich zwei Drittel im Alter zwischen 15 und 30 Jahren befanden.

Die Verluste der sich aus der Notlage ergebenden Abwanderung bleiben nicht auf Menschentrakt allein beschränkt, sondern umfassen zugleich auch erhebliche wirtschaftliche Werte. Wenn auch die Provinzen der Ostmark infolge der hohen Geburtenziffern — im Reich entfallen auf 1000 Einwohner 18,4 Geburten, in Oberschlesien 26,5 — sozusagen als Kinderwiege des Reiches seit jeher gegolten haben, so sind doch solche starke Einbußen an Lebenskraft (wie fest zu verzeichnen sind) mehr als bedenklich für die Zukunft der deutschen Sache im Osten. Die Selbsthaltung muß uns hier zu der Erkenntnis zwingen, daß das Schicksal der Ostmark auch das Schicksal der Nation ist!

Groener zur Flottenkonferenz.

Die Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung. — Sicherheit gegen neue Hungerblockaden.

— Berlin, 27. Januar.

Reichswehrminister Groener gewährte einem amerikanischen Journalisten eine Unterredung über die Stellung Deutschlands zur Londoner Flottenkonferenz. Wie Deutschland bisher jede Maßnahme zur Abrüstung der Landheere und der Kriegsflootten tatkräftig unterstützt habe, betonte Minister Groener, so schenke Deutschland auch der Londoner Konferenz Sympathie.

Der Minister schilderte alsdann die lokale Erfüllung des Versailleser Vertrags durch Deutschland auf der einen und den ständigen Verlauf der Genfer Abrüstungsverhandlungen auf der anderen Seite. Einen greifbaren Erfolg hätten bisher nur die Amerikaner erzielt: das Washingtoner Abkommen. Heute habe Deutschland einen juristischen und moralischen Rechtsanspruch auf die allgemeine Abrüstung aller Mächte.

Auf die Frage, welche Bedeutung die deutschen Kriegsschiffbauten für die Seeabrüstung hätten, erwiderte Minister Groener treffend, daß die deutsche Flotte in Versailles ja radikal abgerüstet worden ist, so daß sie den übrigen Flotten unterlegen sei. Neubauten betreibe Deutschland aber nur da, wo alte Schiffe — die schon aus Sicherheitsgründen für die Besatzung nicht mehr verwendet werden dürften — ersetzt werden müßten. Man solle doch nicht vergessen, daß die deutschen Panzerschiffe nur einen Ersatz für Linienfahrzeuge darstellen. Es sei irreführend, die deutschen Panzerschiffe mit den Kreuzern der anderen Mächte zu vergleichen, da das deutsche Panzerschiff — die einzige schwere Schiffsklasse der Reichsmarine! — ganz andere Aufgaben zu erfüllen habe als die Kreuzer der großen Seemächte.

Was nun die Stellung Deutschlands zur Frage der Freiheit der Meere angehe, so habe Deutschland an der seit mehr als einem Jahrhundert von den Vereinigten Staaten vertretenen Auffassung fest, daß die Sicherheit der neutralen Handelsfahrts im Kriege gewährleistet werden müsse. Die Vorfälle des Präzedenzfalls Hoover am 11. Jahrestage der Beendigung des Weltkrieges habe wieder eine wirklich positive Anregung zur Frage der Freiheit der Meere gebracht. Der Gedanke, daß Nahrungsmittelschiffe in Kriegszeiten genau so unverwundlich sein sollten, wie Hospitalschiffe habe in Deutschland, das wie kaum ein anderes Land die Wirkungen der Hungerblockade und ihre Folgen auch für Frauen und Kinder gespürt habe, weitestgehende Sympathie gefunden.

„Jede von partikularer Zielsetzung beeinflusste Erziehung ist als Vergewaltigung abzulehnen. Erziehung muß ausgehen von der Ehrfurcht vor dem, was von selbst wird. Der Erzieher muß sich der ihm gesteckten Grenzen bewußt sein, er soll nur Hilfestellung leisten, daß jede Phase ausgelebt wird, und daß der Jugendliche nicht in einer Erziehungsstufe hängen bleibt. Dies bedeutet nicht Verzicht auf ein Ziel, sondern Kampf um das tiefste Ziel. Das evangelische Erziehungsideal erhebt den Anspruch, den Menschen universell zu sehen. Für die evangelische Sicht ist der Mensch nicht das höchste Tier, sondern das Ebenbild Gottes, die Humanität wird als Divinität gerettet. Jedoch wird die Tiergebundenheit nicht geleugnet, die evangelische Sicht läßt im Gegensatz zum Neuplatonismus den Menschen nicht in Jenseitigkeit versinken. Das Sein ist die gottgegebene Voraussetzung des Solls. Der Gottesmensch ist der Erde zugewandt und berufen, sie für Gott zu erobern (Gott der Liebe). Im Gegensatz zu der katholischen Einstellung kennt die evangelische Sicht keine Abstufung der Welt, sondern ihr sind auch Natur und Kultur Gotteswelt.“

Aber durch dieses gewaltige Gebäude zieht sich ein Riß, denn der zur Gottesgemeinschaft bestimmte Mensch lebt tatsächlich in Ablösung von Gott. Dies wird im Gegensatz zum Idealismus nicht nur als Mangel oder tragisches Schicksal verstanden, sondern die Brüchigkeit hat ihre Wurzel im Menschen selber, der zwar zur Gottesgemeinschaft bestimmt tatsächlich in Ablösung von Gott lebt. Damit wird der Mensch nur möglich als demütigter, bußfertiger Mensch. Doch ist das Ende nicht lähmender Pessimismus, denn es gibt noch eine Wirklichkeit, Jesus als Erbarmender. Durch Gottes vergebende Liebe wird trotz der Sünde ein göttliches Leben möglich. Die Sündenvergebung bedeutet nicht Quietismus, sondern Berufung zur Reichesgottesarbeit.

Wie müssen wir uns Erziehung auf dieses Ziel hin denken? Den Höhepunkt bildet die Gebetserziehung, sie soll Anleitung geben, das gesamte Leben in die Gegenwart Gottes zu stellen und ist somit zugleich Bewußtseins- und Erziehung. Evangelische Erziehung fordert Weltoffenheit, sie muß den zu Erziehenden somit in die gegebenen Ge-

Für Reichswehrminister Groener: Deutschland der Vereinten Nationen der Meere d. Insbesondere auf Abschaffung nur begrüßen.

Die Flotte ein unerwünscht man. Kreuzern der Japan mit d. ständlich mit etwas ins H. tungen sind Macdonald z. geeignete Be. Konferenz, e. sei nicht befä. zu verhalten. sammlungen. ben drei der Journalisten.

Der Erziehung durch

Im Na. Reichsrat v. mit, nach de. Youngplan laufende Re. tionen Mark. im Haushalt. sei deshalb. tigung um. größte Teil. die Ar bei.

Das A. zwangsläufig. rium 650 0. schaft zur. aus Anlaß. auf das Rei. weise auf. rung von H. schen Koloni. Unterhaltung. Mark. Im. fürsorge ein. Außerdem. Pensionssver. bau der Z. führung gest.

Der E. fordert an. gehörige de. solcher Ang. Diese große. der Schätz. 775 000 B. während die. erhöht hat.

Die u. der ungünst. spiegeln sich. wieder, die. zinsen für. Reiches ver. tung werden.

meinschaften. Schulerziehung. letzte Wirkli. terrecht zu. seine Welt. aber nicht g. ebenso, wie. geräumt wer. einzige Form. durch die re. man sein bes. nicht im Kul. daß wirklich. anwortung. Sammeln für. Sorge für a. tesdienste fir. dienst der G. allem die Z.

Außerdem. handelt. Es. führung der. schulpolitisch. gaben“, sow. sind die Au. Philologen. lösen?“ Do. diese Fragen. zu berichten.

Der. Es wird. so fruchtbring. Herr Wiffie. einer Weise. in Berlin, W. Freude habe. Konzert der. Bericht gebe. rade auch d.

Reichswehrminister Groener schloß mit den Worten: Deutschland kann nur wünschen, daß die Initiative der Vereinigten Staaten, für die Zukunft die Freiheit der Meere durchzusetzen, vollen Erfolg haben möge! Insbesondere kann Deutschland auch einen Beschluß auf Abschaffung oder Beschränkung der Unterseeboote nur begrüßen.

— London, 27. Januar.

Die Flottenkonferenz in London bietet gegenwärtig ein unerfreuliches Bild. Man streitet sich darüber, womit man anfangen soll. Amerika will mit den Kreuzern beginnen, England mit den Verhältniszahlen, Japan mit den Zirkenschiffen und Frankreich selbstverständlich mit den politischen Fragen. Macdonald ist etwas ins Hintertreffen geraten, die französischen Setzungen sind dabei sogar so unhöflich, Angriffe gegen Macdonald zu richten wie die, Macdonald sei nicht die geeignete Persönlichkeit für die Leitung einer solchen Konferenz, er verstehe von Marinefragen nichts und sei nicht befähigt, ein Arbeitsprogramm zur Annahme zu verhaslen. Die Deffenkslichkeit der Bollwerkssammlungen ist wiederhergestellt. Die Amerikaner haben drei den Sachverständigen reservierte Plätze den Journalisten zur Verfügung gestellt.

Die Ersparnisse aus dem Youngplan werden für 1929 durch Fehlbeträge im Haushalt aufgezehrt.

— Berlin, 27. Januar.

Im Nachtragsetat für 1929, der gegenwärtig dem Reichsrat vorliegt, teilt das Reichsfinanzministerium mit, nach der Erhebung des Dawesplanes durch den Youngplan werde sich für das am 31. März ablaufende Rechnungsjahr eine Ersparnis von 614 Millionen Mark ergeben, die jedoch durch den Fehlbetrag im Haushalt für 1929 wieder aufgehört werde. Es sei deshalb sogar die Erhöhung der Anleiheremittierung um 278 Millionen Mark erforderlich. Der größte Teil dieser Summe entfalle auf Darlehen für die Arbeitslosenversicherung.

Das Auswärtige Amt fordert 467 000 Mark für zwangsläufig werdende Umzüge. Das Innenministerium 650 000 Mark für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Die Kosten aus Anlaß des Ablebens Dr. Stresemanns, die auf das Reich übernommen wurden, werden schätzungsweise auf 120 000 Mark bemessen. Zur Durchführung von Hilfsmassnahmen zugunsten der deutsch-russischen Kolonisten werden 6 Millionen angefordert, zur Unterhaltung der Technischen Nothilfe weitere 125 000 Mark. Im Arbeitsministerium wird für die Krisen fürsorger ein Mehr von 30 Millionen angefordert. Außerdem sollen zur Erleichterung der knappschaftlichen Pensionsversicherung 75 Millionen, sowie für den Ausbau der Invalidenversicherung 50 Millionen zur Verfügung gestellt werden.

Der Etat für Versorgung und Ruhegehälter erfordert an Verorgungsgebühren für frühere Angehörige der Wehrmacht und für die Hinterbliebenen solcher Angehörigen ein Mehr von 37,7 Millionen. Diese große Mehrforderung ist dadurch entstanden, daß der Schätzung im Hauptetat für 1929 eine Zahl von 775 000 Beschädigten zugrunde gelegt worden war, während diese Zahl sich seitdem bereits auf 815 000 erhöht hat.

Die schwierige Kassenlage des Reiches und der ungünstige Stand des Geldmarktes in Deutschland spiegeln sich in einer Forderung von 28,7 Millionen wieder, die im Haushalt der Reichsschuld an Mehreinzeln für die kurzfristigen Kreditoperationen des Reiches verlangt werden. Im Etat der Finanzverwaltung werden 14,9 Millionen mehr an die Länder über-

meinschaften Familie, Schule, Volk, hineinstellen. In der Schulerziehung besteht die Gefahr, daß jedes Gebiet als letzte Wirklichkeit gelten will. Da hat der Religionsunterricht zu zeigen, daß Gott etwas ganz anderes ist als seine Welt. Ausgangspunkt ist der Bibelunterricht, der aber nicht zu einem historischen Referat entarten darf, ebenso, wie der Kirchengeschichte nicht zu viel Zeit eingeräumt werden sollte. Die Unterweisung ist nicht die einzige Form der Darbietung, sie bedarf der Ergänzung durch die religiöse Feier. Im Kindergottesdienst muß man sein besonderes Augenmerk darauf richten, daß man nicht im Kultischen hängen bleibt, sondern dahin führen, daß wirkliche Gemeinde als Gemeinschaft, Hilfe und Verantwortung erkannt wird und diese Erkenntnis durch Sammeln für das christliche Liebeswerk oder persönliche Sorge für andere betätigt wird. Besondere Jugendgottesdienste sind nicht erforderlich, besser ist es, den Gottesdienst der Erwachsenen jugendgemäß zu gestalten und vor allem die Jugend aktiv daran zu beteiligen.

Außerdem wurden noch organisatorische Fragen behandelt. Es sprachen Direktor Hafa, Dahlem, Geschäftsführer der Evangelischen Schulvereinigung über: „Die schulpolitische Lage und unsere organisatorischen Aufgaben“, sowie Studienrat Dr. Quast, Köln, über: „Wie sind die Aufgaben von Arbeitsgemeinschaften christlicher Philologen in einzelnen Städten und Landesteilen zu lösen?“ Doch leider ist hier nicht der Raum, um über diese Fragen, sowie über die wertvollen Besprechungen zu berichten.

Es wird uns nicht möglich sein, so mutig, munter und so frischfröhlich über Betheler Musik zu schreiben, wie das Herr Missionsinspektor Trittelwitz gewöhnlich in einer Weise tut, daß daran auch die Leser des „Aufwärts“ in Berlin, München, Strazburg, Breslau und Königsberg Freude haben. Wenn wir aber dann doch über das zweite Konzert des jungen Betheler Orchesters einen kleinen Bericht geben wollen, so können wir das nicht, ohne gerade auch des schwarzen Seidenhäppchens zu gedenken.

wiejen. Der Haushalt für die Kriegslasten liegt unter den inneren Kriegslasten bei den Ausgaben für die besetzten Gebiete, die Grenzgebiete und das Saargebiet ein Mehr von 65,9 Millionen vor.

Unter den Einnahmen der Finanzverwaltung wird ein Minus von 133 Millionen Mark ausgewiesen.

Beginn der Verhandlungen. — Bayerns Ministerpräsident in Berlin. — Demokratische Entschlieung. — Berlin, 27. Januar.

Am heutigen Montag beginnen in Berlin die Verhandlungen über die Durchführung des Youngplans. Zunächst werden sich der Reichsrat bzw. die Ausschüsse des Reichsrats mit den fertigestellten Gegenentwürfen beschäftigen. Zur Teilnahme an den Verhandlungen ist auch der bayerische Ministerpräsident Dr. Held in Berlin eingetroffen. Nachmittags findet sodann die mehrfach erwähnte Besprechung der Reichsregierung mit den Parteiführern der Regierungsparteien über die Frage der Aenderung der Organisation der Reichsbank statt.

Fraktionserklärungen zu dieser Frage liegen bisher von den Demokraten vor. In dieser Entschließung heißt es:

„Die deutschdemokratische Reichstagsfraktion erblickt in der Unabhängigkeit der Währungs-, Diskont- und Kreditpolitik der Reichsbank gegenüber den politischen Einflüssen, öffentlichen Finanzbedürfnissen und privatwirtschaftlichen Sonderinteressen die Bürgschaft für die Festigkeit der deutschen Währung und wird deshalb Verzüge einer Veränderung des Reichsbankstatuts, durch die diese Sicherheit beeinträchtigt oder die sachmännliche Leitung der Reichsbank in Frage gestellt werden könnte, bekämpfen. Im Interesse der Einheitlichkeit der Reichspolitik und ihrer Vertretung nach außen und innen hält die Fraktion es jedoch für geboten, daß eine über ihre Zuständigkeit hinausgehende Eingriffnahme der Reichsbankleitung auf die Reichspolitik verhindert wird.“

Die Regierungsparteien im Reichstag haben sich über die noch strittigen Fragen des Zündholzesgesetzes geeinigt. Danach bleibt das monopolisirte Kontingent der Großeinlaufsgesellschaften der Konsumvereine in der von der Regierungsvorlage vorgesehenen Höhe (23 000 Normalstifen für die Hamburger, 3700 Normalstifen für die Kölner Organisation) bestehen. Gefürzt werden die Steigerungsstufen. Die Kleinverkaufs- höchstpreise werden Kleinverkaufspreise schlechthin, deren Ueberschreitung strafbar ist.

Forderungen der Landgemeinden

Sechs Vorschläge zur Finanzreform. — Entschliebung zur Frage der Polizeiverordnungen.

— Berlin, 27. Januar.

Der Gesamtvorstand des Verbandes der preussischen Landgemeinden erklärte sich nach einem Vortrag des Präsidenten Dr. Gerete-Kressel mit der Denkschrift zur Finanzreform und zum Valutenausgleich einstimmig einverstanden. Die Denkschrift, die in den nächsten Tagen veröffentlicht wird, kommt zu folgendem Ergebniss:

1. Die Landgemeinden lehnen eine Reichsfinanzreform ab, die ihre Gesamtbeteiligung an den öffentlichen Einnahmen vermindert.
2. Ein Lastenausgleich allgemeiner wie spezieller Art ist notwendig und muß im Wege sofortiger gesetzlicher Maßnahmen auch dann durchgeführt werden, wenn es zusätzliche Mittel vom Reich nicht gibt.
3. Der allgemeine Lastenausgleich kann nicht von der Ausgangseinkunft her gestaltet werden, da dieser zu viele, nicht vermeidbare, durch die örtlichen Verhältnisse zum Teil bedingte subjektive Momente innewohnen.
4. Die Verteilung der Reichsüberweisungssteuern nach örtlichem Einkommen muß als direkt dem Gedanken eines gerechten Lastenausgleichs zumider wirkend verlassen werden.

das aus der fröhlichen, die Geige, das Cello und den Kontrabaß streichenden und Flöte blasenden Jugend herausragte und das graue Haupt von Herrn Missionsinspektor bedeckte, der sich damit vor einer Erkältung schützen wollte, die sich ein nicht zugesteter Musikant leicht auf der zügigen Bühne des Betheler Alsfapheums zuziehen kann. Vielleicht ist es der Mitwirkung des auch musikalisch so vielseitig begabten Missionsinspektors zu danken, daß das Bethelorchester inzwischen schon eine Nacht geworden ist, die über 35 Kräfte verfügt und unter der Leitung des Bielefelder Musikmeisters Herrn v. Hagen es schon zu einer Leistungsfähigkeit gebracht hat, die alle Zuhörer in Erstaunen setzen konnte und die denselben eine Stunde hohen Genusses bereitet.

Um den künstlerischen Wert der einzelnen Vortragsstücke und die Vollkommenheit der technischen Durchführung beurtheilen zu können, dazu fehlt uns die nötige Sachkenntnis. Es muß aber doch gesagt werden, daß die Stücke, ob sie nun von Bach, von Händel, von Schubert oder andere großen Meistern stammten, alle mit großer Liebe und Begeisterung vorgetragen wurden. Herr v. Hagen kann mit dem, was er an diesem Abend bot und mit seiner tapferen Schar leistete, schon recht zufrieden sein.

Als besondere Einlage spielte Herr v. Hagen ein Cello-Solokonzert in A-moll, 1. und 2. Satz von Goltermann. Die künstlerische Leistung des Herrn v. Hagen durch das Konzert, welches eine technische Fähigkeit von größter Vollendung beansprucht, kam auch durch die feine Begleitung des Herrn S. O. Rehber zu ihrer vollen Wirkung und erntete den stärksten Beifall der den großen Musiksaal füllenden Zuhörerschaft.

Niedereinlagen durch ein gemischtes Doppelquartett fanden dankbare Aufnahme. So kann das junge Betheler Orchester auf diesen zweiten Abend mit Freude und Stolz sehen, und wie wir hören hat die Sammlung am Ausgang, die nach dem Wort von Inspektor Trittelsch der Begleitung der Rechnung über die ärztliche Behandlung des einzigen Betheler Contra-Bassisten, die 50,— Mark betrug, dienen sollte, ein ganz erfreuliches Ergebnis gehabt. Für weitere Verwendung ist das Orchester aber immer dankbar, da für die vollständige

5. Das aus den Reichsüberweisungskassern fließende Einkommen ist zur Verwirklichung eines gerechten Lastenausgleichs nach der durch die Kinderzahl veredelten Bevölkerungsziffer auf alle Gemeinden zu verteilen.

6. Die Sicherstellung der Leistungsfähigkeit finanzschwacher Gemeinden durch Vorbehalt einer Mindestgarantie von 20 Millionen ist unzulänglich und nach Erfüllung der gestellten Forderungen überflüssig.

Generalsekretär Standke, der die geplante Neuordnung der Ferienordnung behandelte, kam zu dem Schluß, daß die in Anregung gebrachte Verlegung des Schulbeginns in den Herbst und die

Verlängerung der Sommerferien
auf acht Wochen unter Wegfall der Herbstferien im Interesse des platten Landes abgelehnt werden müsse. Die zur Zeit herrschende Ferienordnung und die bestehende Einteilung des Schuljahres habe auf dem Lande im allgemeinen zu Klagen keinen Anlaß gegeben.

Zur Frage der ländlichen Polizeiverwaltung gelangte eine Entschliessung zur Annahme, in der es heisst: „Der Gesamtvorstand betrachtet mit Sorge die Massnahmen, die zu einer Einschränkung der polizeilichen Rechte der Gemeinden führen. Er erwartet insbesondere, daß die Stellung der Amtsvorsteher in den städtischen Provinzen nicht beseitigt wird und ihre Rechte wieder hergestellt werden.“

Fortsetzung der Haushaltsansprache im Preussischen Landtag.

— Berlin, den 25. Januar 1930.

Der Preussische Landtag setzte heute die Beratung des Haushalts der Bergverwaltung fort. Abg. Hartmann (Dem.) kritisierte die Einschränkung der Grubente Kontrolle im Dortmund und befürwortete eine internationale Kostenverteilung. Abg. Dr. Schmidt-Schoepfe (Birshw.) regte einen Werbefeldzug für den Verbrauch deutscher Kohle an. Abg. Pohl (Dt. Frakt.) lehnte Vträge auf Erhöhung der Ausgaben ab. Abg. Latobs (Soz.) erklärte, die Förderung sei im letzten Jahre um 7,3 Prozent gestiegen, der Lohn um 2½ Prozent. Abg. Martin (Dntf.) bezeichnete es als erfreulich, daß das Saargebiet so entschieden seinen Willen zur Rückkehr in das Reich betone.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Harsch (Str.), Abel (Komm.), Grüter (Wirtsch.), Otter (Eog.) und Waldbausen (Zintl.) gab Abg. Hiltensbrandt (Str.) als Vertreter der Saarbewölkerung seiner Freude über die einmütig von allen Parteien geforderte Rückgliederung des Saargebietes Ausdruck.

Diese Mängelbeseitigung sei eine notwendige Begleiterschaltung der Haager Verhandlungen. Für ein weiteres Verbleiben Frankreichs im Saargebiet fehle jeder Grund. Das Saargebiet hoffe, daß, wenn am 30. Juni die Glocken der Freiheit im Rheinland läuteten, auch die Saarbevölkerung die Stunde der Freiheit feiern könne.

Damit war die allgemeine Aussprache zu Ende. Der Landtag vertagte sich auf Montag.

Reichsfinanzminister Moldenhauer über die neuen Reparationsvereinbarungen.

Reichsfinanzminister Professor Moldenhauer sprach in Berlin über die Ergebnisse der Haager Konferenz. Nach einem historischen Rückblick über die Entwicklung der Reparationsfrage wies er auf die Vorteile des Youngplans im Vergleich zum Dawesplan hin.

Inesondere betonte er, daß auch die Sanktionsfrage nunmehr gelöst sei, da die im Versailleser Vertrag vorgesehenen Reparationsanktionen wie das Wiederbesetzungrecht beseitigt worden seien. Durch den Haager Schiedsgerichtshof sei Deutschland gegen jegliche Willkür unbedingt geschützt. Professor Moldenhauer behandelte ferner eingehend die Frage der Mobilisierung der deutschen Reparationsschuld.

Zusammenfassend könne man sagen, daß der Honegplan an Stelle machtpolitischen Drucks auf Deutschland, wirtschaftliche Verkündigung setze. Deutschland übernehme allerdings schwere finanzielle Lasten.

Befezung mancherlei Ausgaben nötig sind.
Soviel wir hören, soll das Konzert am 2. Februar
in Echardtshelm wiederholt werden.

Uebertragung der Feier durch den Bundesrath.

Die Feier des siebenzigsten Geburtstages der „Lindwirtin von Godesberg“, Nennchen Schumacher, geleitete sich zu einem großen Ereignis für Godesberg darüber hinaus für alle, die der Lindwirtin Treue bewahrt haben. Im Laufe des Tages liefen heilige Telegramme ein, darunter vom Kölner Reichspräsidenten, von zahlreichen Professoren, Studenten, Dichtern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Den Höhepunkt bildete eine

Feier in der Wohnung der Lindenwirtin.
Sie wurde vom Weidenschen Rundfunk und den deutschen Sendern übertragen. Die Feier wurde geleitet mit einem musikalischen Hoch des Männervereins „Cäcilia“. Dann überbrachte Beigord Frey, der Vorsitzende der Lindenwirtin G. m. b. H., die Glückwünsche der Gesellschaft und die des Vereins. Es folgte eine

Zwiesprache
hen Nennchen Schumacher und dem Ansager des
deutschen Rundfunks. Die Lindemwirtin erzählte
toden aus ihrem Leben. Als Vertreter der Stu-
denschaft sprach Kurt Zansen. Der hundertjährige
Koberger Johann Krämer sprach ebenfalls vor dem
obphon und wünschte der Lindemwirtin, daß sie
falls hundert Jahre alt werden möchte. Nennchen
macher spielte dann auf ihrem Klavier eine Strophe
Nennchen-Liebes und dankte für die zahlreichen
wünsche, die ihr zuteil geworden waren.

Zum Schluß der Feier sang die vieltausendköpfige Menge, die vor dem Hause Platz genommen hatte begeistert das Lied von der Lindenwirtin. Es folgte dann im Kennen-Saal der Lindenwirtin ein Vürgerkommers, an dem die Bürgerchaft und die Studentenschaft regen Anteil nahmen.

Prinz Udalbert von Preußen überbrachte am Vormittag der Lindenwirtin die Glückwünsche des ehemaligen Kaiserhauses.

Die deutsche Abordnung habe im Haag im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung die Abkommen unterzeichnet, da die Freiheit Deutschlands einen hohen Preis wert sei.

Dank des Reichslanzlers an Melchior.

Der Reichslanzler hat an Dr. Carl Melchior in Hamburg das nachstehende Schreiben gerichtet: „Sehr verehrter Herr Doktor! Nach Abschluß der Haager Vereinbarungen ist es mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen für die verdienstvolle Unterstützung zu danken, die Sie der deutschen Delegation durch Rat und Tat in den schwierigen Reparationsverhandlungen, und namentlich in der Frage der Mobilisierung gewährt haben. Darf ich dem Dank der Reichsregierung die Hoffnung hinzufügen, daß das Reich, wenn es dessen bedarf, wieder auf Sie zählen kann?“

Ehrengabe für Hindenburg.

Der Reichspräsident hat am Donnerstag den Bildhauer Walter v. Hattingberg in seiner Eigenschaft als Mitglied des Vereins der ehemaligen Offiziere des Grenadier-Regiments „König Friedrich der Große“ empfangen. Hattingberg überreichte ihm eine in Kupfer ausgeführte Verkleinerung des Regimentsbrennens, das er für das Tannenbergs-National-Denkmal in Hohenstein (Ostpreußen) geschaffen hat. Die von einem Vorberitz umrahmte Tafel zeigt im Hochrelief das Bildnis Friedrich des Großen, darunter in gotischen Lettern Name und Gründungsjahr — 1626 — des Regiments. Die Rückseite trägt die Widmung des Künstlers: „Seiner Erzzellen, dem Herrn Generalfeldmarschall Paul von Benedendorff und von Hindenburg, dem Sieger von Tannenberg, und Vater der Deutschen.“

Die Reichstagswahlen gültig.

Entscheidung des Reichswahlprüfungsgerichts.

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichsgericht, bestehend aus dem Zentrumsgesandten Dr. Heil, zwei Reichsgerichtsräten und dem Reichstagsabgeordneten Schulz-Bromberg (Dnat.) und Zorge (Komm.), befaßte sich bei der Schlussprüfung der Reichstagswahl mit einer Frage, die vor einiger Zeit auch das Wahlprüfungsgericht beim Preussischen Landtag beschäftigt hat und zu der am 14. Februar der Staatsgerichtshof in Leipzig auf die Klage des völkisch-nationalen Blocks hin Stellung zu nehmen hat.

Es handelt sich darum, ob die Bestimmung des Paragraph 32 der beiden Wahlgesetze, wonach die Reichs- bzw. Landeswahlliste nur ebensoviele

Restimmenmandate

zugewiesen werden können, als vorher auf die örtlichen Kreiswahlvorschläge entfallen sind, mit der Reichsverfassung im Einklang stehen, eine Bestimmung, die sich vornehmlich gegen die Splitterparteien richtet. Der Staatsgerichtshof hat bekanntlich in einer im März v. J. ergangenen Entscheidung die Rechtungsgültigkeit des württembergischen Landeswahlgesetzes festgestellt. Unter Berufung auf diese Entscheidung wurde auch die Gültigkeit der Reichstagswahl angezweifelt.

Nach hundertlanger Beratung ist das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag zu dem gleichen Ergebnis wie das Wahlprüfungsgericht des Landtags gekommen, daß nämlich die Verfassungsmäßigkeit des Reichswahlgesetzes trotz jener Entscheidung des Staatsgerichtshofes nicht in Zweifel zu ziehen sei.

In der Begründung wird ausdrücklich festgestellt, daß das Reichswahlgesetz vom 27. April 1919 in der von der Reichsverfassung vorgesehenen Form und mit den für Verfassungsänderungen vorgesehenen Mehrheiten beschlossen und rechtsgültig zustande gekommen ist.

Entschliebung des Westausschusses.

Gegen eine Kompromißlösung in der Saarfrage.

Der Westausschuß veröffentlicht eine von Dr. Kaufmann, Vorsitzender des Reichsverbandes der Rheinländer, vom Senatspräsidenten Andres, dem Vorsitzenden des Bundes der Saarvereine und von Dr. Mehrmann, dem Geschäftsführer des Westausschusses, unterzeichnete Entschliebung, die der Sorge über die von Frankreich im Haag errungenen Erfolge bezüglich der Entmilitarisierung, der Eisenbahnkontrolle und der Sanktionsfrage Ausdruck gibt. Es wird die Er-

wartung ausgesprochen, daß wenigstens nicht die Saarfrage zu einer Kompromißlösung führt.

Die Saarverhandlungen in Paris.

Zu Beginn dieser Woche findet erneut eine Zusammenkunft zwischen Staatssekretär von Simjon, dem Leiter der deutschen, und dem Minister für öffentliche Arbeiten, Perrot, dem Leiter der französischen Saarabordnung, statt, die als Fortsetzung der Besprechung vom 21. Januar zu betrachten ist. Eine Reihe von leitenden Persönlichkeiten der beiden Abordnungen werden dieser Zusammenkunft beizuwohnen, der eine besondere Bedeutung beizumessen ist.

Politische Rundschau.

Reichslanzler Müller sprach dem Historiker Geheimrat Professor Dr. Eduard Meyer telegraphisch die besten Glückwünsche zum 75. Geburtstag aus.

Beginn der deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen. Die deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen sind im Auswärtigen Amt eröffnet worden. Die rumänische Abordnung umfaßt 13 Mitglieder.

Vor der Entscheidung über die Erweiterung der preussischen Regierung. In der Frage der Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die preussische Regierungskoalition wird für den heutigen Montag eine Klärung erwartet. Die demokratische Landtagsfraktion hat dem preussischen Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß sie ihm am heutigen Montag Bescheid geben könne.

Rundschau im Auslande.

Die deutschen Parteien im tschechischen Parlament stellen jetzt im Senat und im Abgeordnetenhaus je zwei stellvertretende Vorsitzende.

Am 5. Februar beginnt in Moskau ein neuer Senatsprozess politischer Charakter. 95 Personen sind der „wirtschaftlichen Vorbereitung der Gegenrevolution“ angeklagt; die Anklageurkunde fordert 14 Todesurteile.

Der merikanische Gesandte in Moskau hat sich geweigert, dem Befehl seiner Regierung zur Abreise aus Rußland Folge zu leisten.

Fliegerbomben auf Mege.

Wie aus Kapstadt gemeldet wird, sind die Polizeistreikräfte gegen den Führer des Wapfuri-Stammes, Sefonela, mit Waffengewalt vorgegangen, nachdem dieser die Aufforderung, sich freiwillig zu übergeben, abgelehnt hatte. Der Hügel, auf den sich der Stamm zurückgezogen hatte, wurde von Flugzeugen aus mit Bomben beworfen. Die Hüften der Eingeborenen wurden in Brand gesteckt. Sefonela hat sich daraufhin mit seiner gesamten Gefolgschaft ergeben.

Rechte Meldungen.

Das Urteil im Prozeß gegen die „Note Fahne“.

Berlin, 27. Januar. Im Prozeß gegen die „Note Fahne“ wurde der angeklagte verantwortliche Schriftleiter Firl wegen öffentlicher Beleidigung des Berliner Polizeipräsidenten Börgiebel zu 600 Mk. Geldstrafe oder einem Monat Gefängnis und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. In einem Artikel der „Note Fahne“ war nämlich Polizeipräsident Börgiebel im Zusammenhang mit den Vorgängen vom 1. Mai v. J. mit Ausdrücken wie „Massenmörder“ und „Arbeiterföchter“ beschimpft worden.

Verlängerung der Urheberrechtsfrist.

Berlin, 27. Januar. Wie verlautet, hat Reichsjustizminister Dr. v. Gürtard in einer Konferenz mit den Vertretern der Akademie der Künste in Aussicht gestellt, daß die heute bestehende 30jährige Urheberrechtsfrist durch Gesetz auf 50 Jahre nach dem Tode des Autors verlängert werden soll. Dieses Recht soll jedoch dadurch eingeschränkt werden, daß nach dem Ablauf von 25 Jahren nach dem Tode des Verfassers eine Zwangslizenz besteht, wonach der Nachdruck des Werkes gegen Zahlung einer bestimmten Lantime gestattet werden muß.

Die evangelischen Frauenverbände gegen die russische Kirchenverfolgung.

Berlin, 27. Januar. In einem Schreiben an den Deutschen evangelischen Kirchenausschuß bittet die Vereinigung Evangelischer Frauenverbände Deutschlands dringend darum, bei der Reichsregierung im Namen der evangelischen Bevölkerung Deutschlands eine Auskunfts darüber zu erbitten, welche Maßnahmen ergriffen worden sind, um bei der Sowjetregierung zu erreichen, daß den Verfolgungen der Angehörigen aller Glaubensbekenntnisse in Rußland, vornehmlich der evangelischen Brüder und Schwestern, endlich ein Ziel gesetzt wird.

Schwere Explosion in Brie.

Brieg, 27. Januar. Eine schwere Explosion ereignete sich in den Chemischen Werken A. G. in Brie. Es explodierte ein großer Kähler, in dem etwa 6000 bis 7000 Kilogramm siedend heiße Fettmasse bereitet werden sollte. Durch den starken Knall und den gewaltigen Luftdruck zersprangen viele Fensterscheiben in den benachbarten Baracken und Wohnhäusern. Der Bewohner der Baracken bemächtigte sich eine Panik, viele begannen ihre Wohnungen zu räumen, da man das Uebergreifen der Flammen fürchtete. Menschenleben kamen jedoch nicht zu Schaden. Die Feuerwehren aus Brie und der Umgegend löschten den Brand.

Vor dem Rücktritt Zaleski?

Warschau, 27. Januar. Der Haushaltsausschuß des polnischen Sejm hat den Dispositionsfonds des Außenministers Zaleski um drei Millionen Zloty gestärkt. Nach der Abstimmung verließ Außenminister Zaleski demonstrativ die Sitzung und soll erklärt haben, daß er sich genötigt sehen werde, im Falle einer Beschneidung seines Fonds die Folgen zu ziehen. Die endgültige Entscheidung in dieser Frage hat natürlich die Vollversammlung des Sejms zu treffen.

Faschistische Bücher auf dem Index.

Rom, 27. Januar. Der Papst hat eine Verordnung der Kongregation des Heiligen Offiziums bestätigt, wodurch zwei in einem halbamtlichen faschistischen Verlag erschienene Bücher „Gebt dem Kaiser“ und „Der faschistische Staat, die Kirche und die Schule“ wegen der in ihnen nach Ansicht der Kongregation enthaltenen schweren Irrtümer gegen die katholische Lehre, insbesondere gegen die göttlichen Rechte der Kirche und die höchste Lehr- und Hirten Gewalt des Papstes verurteilt und auf den Index der verbotenen Bücher gesetzt werden.

Zu: Zynkali.

In dem betreffenden Aufsatz von L. Thimme in Nr. 15, Beilage, des „Aufwärts“ findet sich folgender Passus: „Leider hat man das (Kompromisse mit der materialistischen Cheauffassung) tatsächlich von christlicher Seite aus versucht und ernstlich darüber gesprochen, ob nicht Selbstbefriedigung auf der einen Seite, Anwendung von Vorbeugungsmitteln, ja, sogar Vernichtung des keimenden Lebens auf der anderen Seite, unter Umständen erlaubt oder sogar zu raten sei. Sogar das Wilhelm Schreiner'sche Chebuch ist in dieser Beziehung nicht völlig einwandfrei.“

Dieser Satz muß im Leser den Eindruck erwecken, als hielte ich immerhin für erlaubt, bezw. zu raten: Selbstbefriedigung, ja, sogar Abtreibung. Thimme muß wissen, daß weder das eine, noch das andere der Fall ist. Ich bedaure deshalb, daß er seinen Einwand gegen meine Stellung zur Schwangerschaftsunterbrechung allgemein formuliert, daß mir auch die Rechtfertigung der anderen Dinge vom Leser untergeschoben werden kann. So offen ich gebe, in der Frage der Schwangerschaftsunterbrechung mit Althaus u. A. eine von Thimme abweichende Meinung zu haben und zu vertreten (die freilich durch Thimmes Worte: „unter Umständen erlaubt oder sogar zu raten“ keinesfalls auch nur entfernt richtig wiedergegeben wird) — so sehr wird man es verstehen, wenn ich mich dagegen wehre, auch nur scheinbar mit irgendwelchen Verfechtern der Selbstbefriedigung oder Abtreibung zusammengeführt zu werden. Nicht nur als Verfasser meines Buches: „Wir Männer in der Ehe“ (Wollermann, Braunschweig), sondern erst recht als Mitarbeiter des „Aufwärts“ seit 1920 habe ich eine Mitsprache, zu sorgen, daß mindestens die Berichterstattung im „Aufwärts“ auch in solchen Dingen „völlig einwandfrei“ bleibt.

Wilhelm Schreiner, Bad Ems.

Bethel.

Am Mittwoch, den 29. Januar, 1/4 Uhr, Frauenhilfe. L. v. Bodelschwingh.

Blaukreuz-Verein Bethel. Unsere Vereinsstunde findet jetzt an jeden Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im kleinen Saale in Gosen statt. Nächste Stunde am Donnerstag, den 30. dieses Monats. Der Vorstand.

Walden
bei Kusten, Kaiserkeit, Katarin
125 070

Christlich gestimmtes, gesundes, kinderliebes

Mädchen

(18—21 J. alt) für modern eingerichtetes Einfamilienhaus zum 1. März gesucht. Waschfrau und Hilfe vorhanden.

Frau Staatsanwaltschaftsrat Fromm, Münster in Westf., Hülfstraße 32.

Gärtnergehilfe

gesucht, 18—22 Jahre, entsch. gl. Christ, für gemischten Betrieb. Gartenbaubetrieb Beder, Nieder-Ramstadt b. Darmstadt.

Südamerik. Maté

Paraguaytee

Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd. franko, excl. Nachnahme.

Gustav Giehl & Sohn

Sangerhausen, Hindenburgstraße

Unser Tee ist zum gl. Preise auch in Ophir erhältlich.

Ein älteres, an Arbeit gewöhntes Mädchen sucht möglichst bald eine

Stelle im Haushalt

bei mäßigen Ansprüchen möglichst in Bethel. Nähere Auskunft im Pfarrhause Sölenbed.

Besiere meinen bekannt prima

Mugauer Stangenlimburger

90%, das 10 Pfd. Vosp. mit Berg. 6. - 90.

la Emmentaler

gr. gelocht und fast v. Pfd. 1.30 Mt. Versand von 9 Pfd. an verpackt. v. Nachn. M. Sauerberg 57 (Mügau).

Kalbsteulen

(Hinterfeulen)

in bekannter Güte, täglich frisch, amtlich gestempelt, RM. 3. — für netto 9 Pfd. inkl. Porto und Verpackung frei Haus, Nachnahme.

A. P. Christophersen, Sölen 3, Schl.-Hof.

Statt Karten.

Gott der Herr rief nach seinem unerforschlichen Ratsschluß und schwerer Prüfungszeit meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Else Pantatz

geb. Bächner

heute morgen 7⁰⁰ Uhr im 33. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit.

Bielefeld, den 26. Januar 1930.

Im Namen der Hinterbliebenen

Ernst Pantatz.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 29. Jan., nachmittags 3 Uhr von der Zionkirche Bethel aus statt.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. S. Huttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Bethelschule.

Oeffentl. höhere Mädchenschule in Bethel.

Lehrplan des Lyzeums. Aufbau der Untersekunda Ostern 1931. Förderstunden und Beaufsichtigung der Schularbeiten durch Lehrkräfte. Anmeldungen vorm. i. d. Schule.

Geschwistern empfehle ich meine hochfeine

Schleswig - Holsteinische Meiereitafelbutter

Thomas Henningsen, Butterversandhaus, Schönderup, Süderbrarup, Kr. Schleswig Land.

tögl. morgens frisch hergestellt.

Versand in 9,6 und 5 Pfunds-Postpaketen gegen Nachnahme.

Täglich braunschalige

Trinkeier

60 Stück 9.00 Mk. frei Nachn.

Geflügelarm-Loga zu Loga

Gallenstein-Tee

Eine Monatskur Nachnahme 5,10 Mk. Hervorragendes Vorbeugungsmittel bei chronischen Gallensteinkrankungen.

Apotheken, Christianstadt am Boder.